

EU

Ökostrom: Druck aus Brüssel

Die EU-Kommission kritisiert die Förderung von Strom aus Sonne und Wind in Deutschland. Zu teuer, zu einseitig, vielleicht sogar rechtswidrig. Energiekommissar Oettinger will eine Wende bei der Energiewende.



Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD in Berlin steht das Thema auf der Tagesordnung: Energiewende durch Ökostrom. Über Bande spielt auch die EU in Brüssel mit. Besonders der deutsche Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) macht sich für eine einschneidende Reform bei der Förderung von Ökostrom in Deutschland stark.

Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), das in Deutschland den Erzeugern von Solarstrom und Windenergie hohe Zuschüsse garantiert, sei nicht mehr zeitgemäß, wettet Günther Oettinger schon seit einiger Zeit. In einem Interview mit der "Westfalenpost" kritisierte der EU-Energiekommissar, "dass immer mehr Steuern und Abgaben auf den Strompreis draufgesattelt werden. Es hat keinen Sinn, dass energieintensive Unternehmen Europa verlassen, um in anderen Weltregionen, wo die Umweltauflagen geringer sind, Arbeitsplätze zu schaffen und Steuern zu bezahlen."

EU will Förderung für Solar- und Windenergie neu regeln

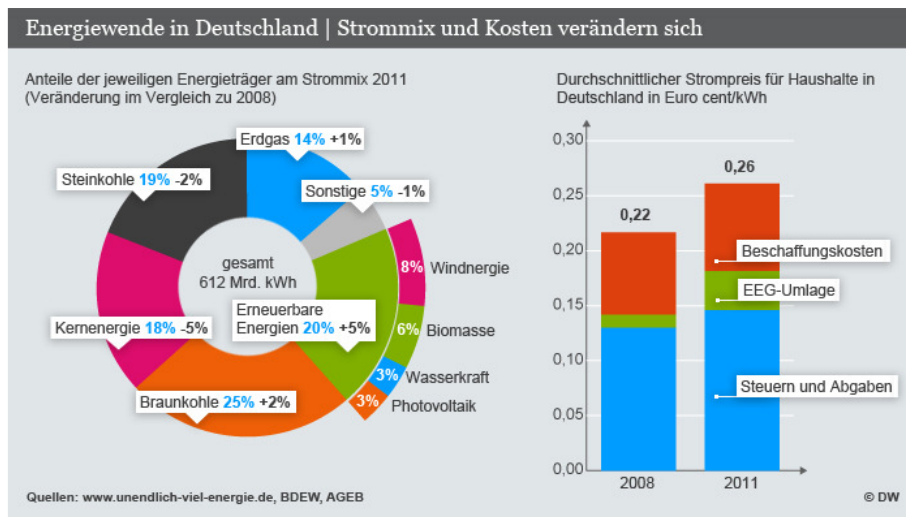


Oettinger: Mehr auf Europa achten

Oettinger.

Aus Kreisen der EU-Kommission heißt es, der Energiekommissar werde schon bald, spätestens im Frühjahr 2014, völlig neue Förderrichtlinien für den Energiesektor vorlegen. Oettinger setzt dabei nicht nur auf Ökostrom, sondern auch auf konventionelle Kraftwerke sowie den Ausbau der transnationalen Stromleitungen in Europa. Auf eine spezielle Förderung der Atomenergie hat die EU-Kommission nach heftiger Kritik Anfang Oktober verzichtet.

Günther Oettinger sagte schon im Sommer dem Internet-Portal Energlobe.de, der Ausbau des Ökostroms gehe zu schnell und zu Lasten anderer Energieträger voran. Diese würden auch gebraucht, um die Grundlast, also eine stetig verfügbare Strommenge, zu erzeugen. "Man sollte in Deutschland jetzt eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den weiteren Zubau der nicht grundlastfähigen Strommengen aus Solar- und Windstrom beschließen", so



Mehr Markt, weniger Zuschüsse

Die Bestimmungen des deutschen Gesetzes für den Vorrang Erneuerbarer Energien hält der EU-Kommissar für zweifelhaft. Das EEG legt zum Beispiel fest, dass Strom aus Sonne und Wind bevorzugt in die Stromnetze eingespeist werden muss. Das passt für Oettinger nicht mit dem europäischen Recht auf freien Warenverkehr zusammen.

In Deutschland habe Ökostrom bereits einen Anteil von 24 Prozent am Energie-Mix, das reiche aus, sagte Michael Haager, enger Mitarbeiter des EU-Kommissars, im September in Brüssel. Die Abnahmegarantien und Festpreise müssten jetzt gedeckelt werden.

Die EU-Kommission will das Fördersystem europaweit auf einheitliche Grundlagen stellen. Langfristig soll sich Ökostrom mit nur noch geringen Subventionen am Markt behaupten. Die Förderung nach deutschem Modell hatte zu einem kräftigen Anstieg des Strompreises für die Verbraucher geführt, die in der Masse die Subventionen durch eine Umlage finanzieren.

Möglicherweise illegale Beihilfen

Der EU-Kommissar, der für das Wettbewerbsrecht zuständig ist, Joaquin Almunia, hat das deutsche Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien ebenfalls aufs Korn genommen. Seit dem Sommer lässt er prüfen, ob energieintensiven Unternehmen auf Umwegen staatliche Beihilfen gewährt werden, was gegen EU-Recht verstoßen würde. Rund 1700 Unternehmen, die viel Strom verbrauchen, sind von der Zahlung der Ökostrom-Umlage nämlich ausgenommen. Diese Regelung könnte der spanische Kommissar kippen. Im für die Unternehmen schlimmsten Fall könnte er die gewährten Beihilfen sogar zurückfordern. Wann mit einer Entscheidung Almunias über ein formales Verfahren zu rechnen ist, ist unklar.



Almunia: Verstöße gegen Wettbewerbsrecht prüfen

Schon allein die Drohung mit einem wettbewerbsrechtlichen Verfahren hat in Deutschland bei den Unterhändlern der Koalitionspartner Union und SPD zu heftigen Diskussionen geführt. Und das sei auch gut so, meint EU-Kommissar Günther Oettinger: "Vielleicht helfen auch die absehbaren Wettbewerbs-Verfahren. Denn klar ist doch: Die weiteren Schritte kann Deutschland nur machen, wenn sie EU-kompatibel sind."

Grüne kritisieren Oettingers Kurs

Der industriepolitische Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament, Reinhard Bütikofer, hält das deutsche Fördergesetz für Ökostrom allerdings für rechtens. Seltsamerweise, so Bütikofer im Gespräch mit der Deutschen Welle, sei ausgerechnet der deutsche Energie-Kommissar Oettinger der Hauptgegner des Gesetzes in der EU-Kommission. "Das Gesetz passt Oettingers Freunden von der der Energiewirtschaft nicht", sagte Bütikofer. Oettinger wolle alles fördern außer Ökostrom. "Er ist ein energiepolitischer Dinosaurier", kritisierte der grüne Europa-Abgeordnete. Natürlich müsse die anfängliche Förderung nach und nach abgebaut werden. Es gehe nicht um dauerhafte Subventionen.



Bütikofer: Ökostrom-Förderung muss bleiben

Die Grundidee des EEG, nämlich energieintensive Unternehmen vor zu hohen Kosten zu schützen, hält Reinhard Bütikofer für richtig. Es dürfe nur nicht zu viele Ausnahmen für Unternehmen geben, die eigentlich nicht zu dieser Gruppe gehörten. Das werde auch Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia am Ende so sehen, ist sich Bütikofer gegenüber der DW sicher.

In Brüssel gehen EU-Diplomaten davon aus, dass die EU-Kommissare mit ihren Vorschlägen und Bewertungen noch so lange hinterm Berg halten, bis die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sind und die neue Bundesregierung Ende Dezember im Amt sein soll.

[DW.DE](#)